

21./VI. 1918

21

277

51. Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 5527, Post 18
Stellungnahme der Gemeinde Wien gegen die Bestrebungen zur
Errichtung eines südslavischen Staates, und, wie ich gleich hin-
zufügen will, eines tschechisch-slovakischen Staates.

Der Antrag wäre gewiß verlockend, eine längere Debatte
hier abzuführen. Die Zeit reicht dazu nicht hin. Die Verhält-
nisse, welche den Gemeinderat bewegen müssen, in diesem Sinne
Stellung zu nehmen, sind leider Gottes allbekannt. Im Gegen-
sage zu den anderen kriegsführenden Staaten, wo die Not des
Krieges die Parteien zum Staate geführt hat, sind in Oester-
reich andere Verhältnisse entstanden. Nun liegt es im eigensten
Interesse der Stadt Wien, für die Einheitlichkeit und Unteilbar-
keit des Reiches einzutreten, weil alle diese Bestrebungen, welche
bekämpft werden müssen, nicht bloß den Rang Wiens als
Reichshauptstadt in wirtschaftlicher und handelspolitischer Hin-
sicht außerordentlich schädigen, sondern auch geeignet sind, das
deutsche Volk in Oesterreich vollkommen um seine politische
Existenz zu bringen.

Ich beschränke mich auf diese wenigen Ausführungen und
bitte Sie um die Zustimmung zu meinem Antrage. (Beifall.)

Vize-Bürgermeister Stierhammer: Wir schreiten zur Ab-
stimmung. Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage zustimmen,
sich von den Sitzen zu erheben. (Geschlecht.) Der Antrag ist
mit großer Majorität angenommen.

Beschluß: Der Gemeinderat der k. k. Reichshaupt- und Re-
sidenzstadt Wien, eingedenk seiner Pflichten gegen
das Reich, wie nicht minder gegen das deutsche Volk
in Oesterreich, legt feierlich Verwahrung ein gegen
die in der Sitzung des österreichischen Abgeordneten-
hauses vom 30. Mai 1917 abgegebenen Erklärungen
der tschechischen und der im südslavischen Klub ver-
einigten Abgeordneten, wonach diese die Errichtung
eines selbständigen tschechisch-slovakischen und eines
selbständigen südslavischen Staates verlangen. Diese
Bestrebungen, welche sich mit den Absichten der mit
Oesterreich-Ungarn im Kriege stehenden feindlichen
Mächte decken, daher von ihnen in jeglicher Weise
unterstützt werden, sind zielbewußt gegen die Einheit,
Unteilbarkeit, ja gegen den Weiterbestand der
Monarchie gerichtet und bilden somit auch eine
schwere Bedrohung der volkswirtschaftlichen und
handelspolitischen Interessen Wiens als Reichshaupt-
stadt. Indem sie im Norden $3\frac{1}{2}$, im Süden $\frac{1}{2}$ Million
Deutscher der Willkür der slavischen Machthaber zu
unterjochen gedenken, ist ihr Ziel eine unerhörte,
unerträgliche Verhöhnung, Demütigung und Ver-
gewaltigung des deutschen Volkes, welches diesen
Plänen einmütig die entschlossenste Abwehr entgegen-
stellt.

Der Gemeinderat fordert erneut die endliche
Sanktionierung der lex Kolisko und wiederholt aus
Gründen der Gleichberechtigung der Deutschen sein
Verlangen nach Errichtung einer deutschen nautischen
Schule in Triest, da das deutsche Volk in Oesterreich
ein Anrecht darauf hat, daß der durch deutschen
Handel und Verkehr im besonderen Maße geförderte
Handelshafen des Reiches und die Seeschifffahrt
Oesterreichs auch unter deutschem Einfluß ihre
weitere Entwicklung nehmen.

Der Gemeinderat der Stadt Wien erblickt in
dem engen Anschluß der Monarchie an das Deutsche
Reich und in dem treuen Bündnis mit diesem die
einzige Sicherheit und Gewähr für einen dauernden
Frieden und für die gedeihliche Zukunft der Völker
Oesterreichs.